

»Der Bund will mehr Bus und Bahn, zahlt aber nicht dafür«

Jens Matthis zum ÖPNV



# VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Oktober/November 2023



## Thüringer Verhältnisse

Wo rechte Mehrheiten drohen und es auf linke Durchsetzungskraft ankommt.

» Seiten 3 und 5

## Größte Unterscheidbarkeit

In Dresden bilden sich antisoziale Mehrheiten von AfD-Gnaden – eine Herausforderung gerade für DIE LINKE

»Jedes Unangenehme hat auch sein Gutes«, sagt Dostojewski. Wer den Vorgang um die Nichtaufhebung der Haushaltssperre im Stadtrat betrachtet, wird möglicherweise nicht sofort zu dieser Einschätzung kommen. Denn das Kappen konsumtiver Ausgaben im Bereich der freiwilligen Leistungen hinterlässt einen gewaltigen Flurschaden in der Zivilgesellschaft unserer Stadt. So gewaltig, dass es der LINKEN vor ein paar Wochen gelang, selbst die CDU zu einer teilweisen Aufhebung der Sperre zu bewegen – für die sensiblen Bereiche Soziales, Jugendhilfe und Sport.

Es war ein Erfolg, den Oberbürgermeister, der das Dresdner Stadtleben klamm spart, gemeinsam in die Schranken weisen zu können – ein zu sicher geglaubter Erfolg. Denn in der finalen Ratsabstimmung fiel die CDU in die klebrigen Hände der AfD. Sie verzichtete auf Lockerungen bei Sozialem und Jugendhilfe und kippte am Ende die Aufhebungsbemühungen komplett. Das ist für viele Freie Träger, im sozialen Bereich Arbeitende und Ehrenamtler eine Katastrophe.

Aber es hat auch sein Gutes, wie gesagt. Denn mit einer »Mehrheit für eine ideologische Politik gegen Jugendliche und sozial Schwache«,

wie LINKEN-Stadtrat Tilo Kießling es formuliert, werden sie wieder sichtbar: die Unterschiede – und was es bedeuten würde, die AfD »einfach mal machen zu lassen«. Es wird deutlich, wie sehr es eine starke, fachlich versierte, kommunalpolitisch wirksame LINKE als Verteidigerin des sozialen Gemeinwesens und einer freien Gesellschaft braucht.

Es braucht sie sowohl im Detail, ob beim Mobi-Bike-Angebot der DVB oder für den Aufzug im Johanneum, als auch im Großen, wenn es um bezahlbares Wohnen oder gesamtstädtische Finanzpolitik geht. Stärken wir sie! *Thomas Feske*

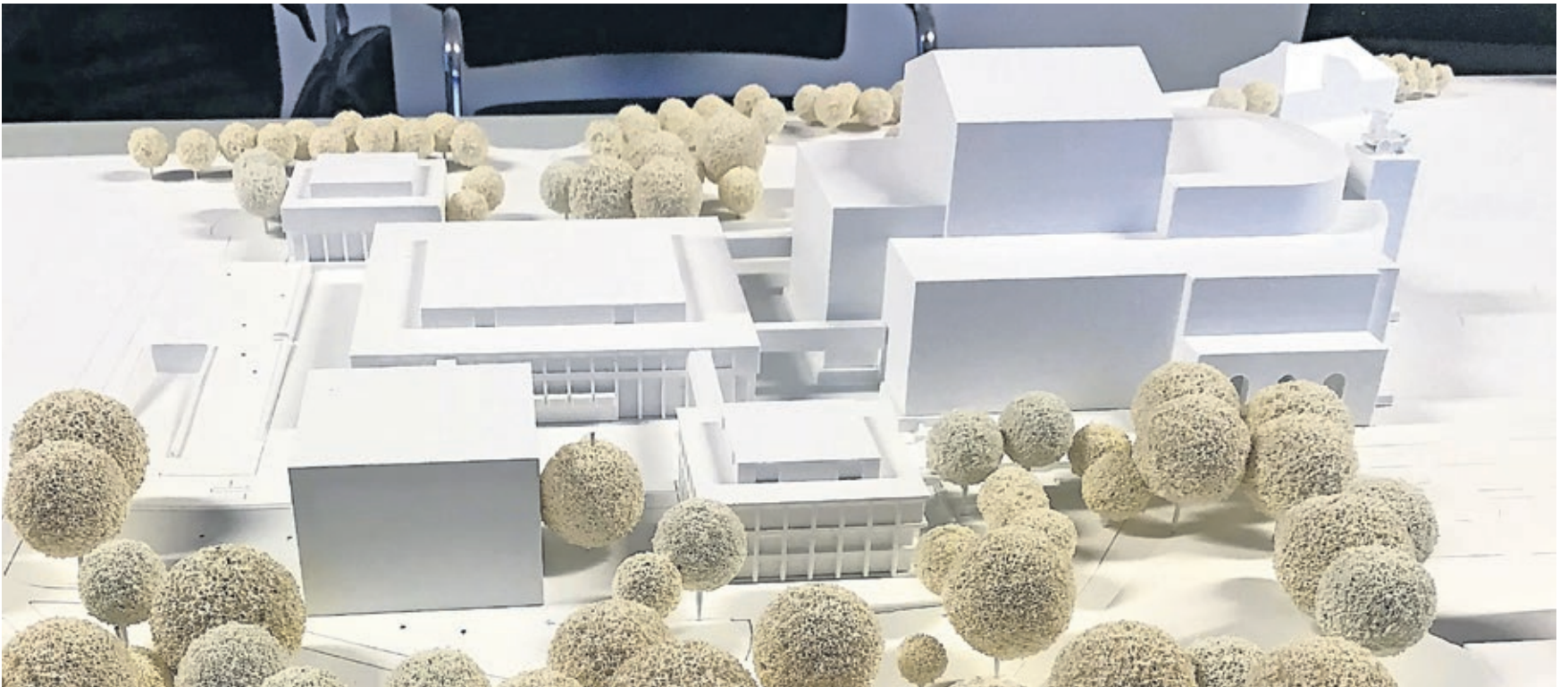
### SEMPEROPER-ANBAU

## Drängende Enge

**E**in Abend in der Semperoper gehört zu den erhabeneren Erlebnissen in Dresden. Bevor das Publikum getragen von hoffentlich sphärischer Musik und fantasievollen Inszenierungen in den Handlungen der Opern entschwebt, hat es sich über den Theaterplatz vor der baulichen Kulisse von Schloss, Italienischem Dörfchen und Gemäldegalerie der prachtvollen Fassade der Semperoper genähert und dort über die üppig ausgestatteten Foyers und Treppenhäuser den kronleuchtergekrönten Saal erreicht und seinen Polsterplatz vor der Bühne eingenommen.

Wer sich dagegen mit Instrument, Noten oder Kostüm als Teil des Ensembles der Bühne über den Personalausgang von hinten nähert, wird zwar zunächst von verhältnismäßig üppig gestalteten Sandstein-Glas-Fassaden der späten DDR-Moderne von Wolfgang Hänsch empfangen, muss sich aber bei der Vorbereitung auf die Aufführung mit jahreszeitlicher Hitze oder Kälte und ganzjährig mit drängender Enge abfinden. **» Seite 2**





Modell der Erweiterung der Funktionsbauten an der Oper

# The show must go on!

Die beengten Verhältnisse im Anbau der Semperoper sind nicht mehr zeitgemäß. Ein neuer Anbau soll nun Abhilfe schaffen

Die Herren und Damen des Chores teilen sich zu acht jeweils einen Raum zu 17 Quadratmetern, das ist nicht nur beim Ankleiden in ein barockes Kostüm eine Herausforderung. Es existieren Arbeitsräume für Schneiderei und Maske, die kein Tageslicht erhalten, nach geltenden Arbeitsstättenrichtlinien ein No-Go. In den Ballettprobensaal ist durch das sanierungsreife Dach Wasser eingedrungen. Das sieht man nicht nur, man riecht es auch.

Da es im Semperbau keinerlei Funktionsräume gibt, müssen zwingend auch über eine grundlegende Sanierung hin-



Blick über den möglichen Bauplatz

## Im Bauausschuss fiel das Ansinnen zunächst durch

weg Räumlichkeiten hinter der Oper bereitgehalten werden, in denen sich zumindest auf die laufende Aufführung vorbereitet werden kann. Instrumente müssen gestimmt und eingespielt, Stimmen gelockert, Kostüme angelegt und Gesichter geschminkt werden, und das Ballett will sich gründlich körperlich

aufwärmen. Ein erwogenes Interimsgebäude wäre allerdings derart aufwendig, dass eine Bestandsweiterung hinter der Oper naheliegend ist. Ohne Funktionsanbauten müsste die Semperoper für die veranschlagte Bauzeit von vier Jahren schließen, was undenkbar scheint.

Konfliktpunkt nun: Statt komplexen unterirdischen Anlagen wie Hauptabwasserkanälen, Fernwärmeleitungen und Hochspannungstrassen bliebe nur ein Stück des Zwingerparks als Baustelle. Einmal mehr soll also knappes innerstädtisches Grün dran glauben. Im Bauausschuss fiel dieses Ansinnen zunächst als »nicht zeitgemäß« durch. Schon Wolfgang Hänsch hatte mit einem der beiden Satellitenbauten die Grenze zum Park überschritten. Die Denkmalpflege kassierte den neuen Anbau zunächst, der fehlende Probensäle aufnehmen soll, welche auch die tatsächliche Bühne abbilden. Statt 42 Meter Seitenlänge sollen es jetzt nur noch 26 sein. Ein tolerierbarer Kompromiss? *Tilo Wirtz*

## BARRIEREFREIHEIT IM VERKEHRSMUSEUM

# Ein Fahrstuhl für das Johanneum

Das Johanneum ist ein 1586 erbautes Renaissancegebäude, benannt nach König Johann von Sachsen. Ursprünglich als Marstall errichtet, diente es der Unterbringung der Pferde und Kutschen des Herrscherhauses. Das Gebäude befindet sich am Neumarkt, also ganz in der Nähe der Frauenkirche. Heute beherbergt es das Dresdner Verkehrsmuseum.

Seit vielen Jahren setzt sich die LINKE dafür ein, das Verkehrsmuseum an diesem Standort mitten in der Stadt zu erhalten. Seit seiner Gründung im Jahr 1952 ist das Verkehrsmuseum im Johanneum untergebracht. Immer mal wieder wurde der Standort in Frage gestellt.

Mit dem im September durch den Stadtrat beschlossenen Erbbaurechtsvertrag ist das weitere Verbleiben

des Verkehrsmuseums im Johanneum gesichert. Die Landeshauptstadt Dresden übernimmt 50 Prozent der mit dem Vertragsabschluss verbundenen Einmalkosten (voraussichtlich rund 46.000 Euro). Des Weiteren erhält das Verkehrsmuseum eine zweckgebundene Zuwendung für Instandhaltungsmaßnahmen am Gebäude in Höhe von jährlich 80.000 Euro.

Anja Apel freut sich über den Beschluss des Stadtrates und meint: »Wir wissen alle, dass dies nicht ausreichen wird, um das Verkehrsmuseum umfassend zu modernisieren. Als stellvertretende Vorsitzende des Beirates für Menschen mit Behinderung liegt mir aber ganz besonders die Umrüstung des Lastenfahrstuhls zu einem für alle zugänglichen Fahrstuhl am Herzen, um Barrierefreiheit herzustellen.«

Die Redaktion



Ein schönes Gebäude in zentraler Lage



# »Politik für die Mehrheit der Menschen«

LINKEN-Fraktionschef André Schollbach über Sahra Wagenknecht, eigene linke Projekte, kommunale Bürgerentscheide und die Kritik an Oberbürgermeister Hilbert. Auszüge aus einem Interview der »Sächsischen Zeitung«

## Wo klemmt es denn in Dresden und was macht Herr Hilbert aus Ihrer Sicht falsch?

Es klemmt an unterschiedlichen Stellen. Mich bewegt, dass viele Bereiche, die unsere Stadt lebenswert und liebenswert machen, unter die Räder kommen. In diesem Jahr sind das Elbhangfest, das Hechtfest und die Bunte Republik Neustadt ausgefallen. Die berühmte Dixieland-Parade ist bedroht. Die Existenz des Luftbads Dölzchen ist akut gefährdet und das Sachsenbad befindet sich in einem bedauernswerten Zustand. Auch der Betrieb des Stauseebads Cossebau ist infolge der Stilllegung des Pumpspeicherwerks nicht gesichert.

## Im Stadtrat gibt es keine verlässlichen Mehrheiten. Wie kann man bis zur Wahl 2024 noch etwas voranbringen?

Die Situation ist herausfordernd, weil Mehrheiten jeweils einzelfallbezogen hergestellt werden müssen. Aber das haben wir für grundlegende Fragen immer wieder geschafft, trotz zahlreicher politischer Differenzen. Zum Beispiel bei der Rekommunalisierung der Drewag und auch beim Haushalt. Oberbürgermeister Hilbert hat jedoch aus egoistischen Motiven mit seinem Verhalten bei der Wahl der Fachbürgermeister eine bestehende Mehrheit im Stadtrat zerstört. Die Konsequenz seines Agierens ist, dass sich einige Fraktionen nicht mehr über den Weg trauen. Das spürt man deutlich und es war ein grober politischer Fehler.

## Was will die LINKE bis zur Wahl noch voranbringen?

Für uns ist bezahlbares Wohnen das zentrale Thema. Viele Menschen leiden unter den weiter steigenden Mieten und können diese kaum noch aufbringen. Deshalb muss auf allen Ebenen zielgerichtet daran gearbeitet werden, dass Wohnen nicht zum Luxusgut wird. Dafür muss der soziale Wohnungsbau in Dresden fortgesetzt werden. Hier erwarte ich, dass der Freistaat Sachsen seine Förderung an die gestiegenen Baukosten anpasst und endlich das Zweckentfremdungsverbot eingeführt wird.

## Was ist mit dem geplanten Rückkauf von Vonovia-Wohnungen?

Wenn die Stadt relevanten Einfluss auf den Wohnungsmarkt erringen will



## »Für uns ist bezahlbares Wohnen das zentrale Thema«

André Schollbach

und in der Lage sein soll, steuernd auf den Wohnungsmarkt einzuwirken, um die Mieten zu dämpfen, benötigt sie einen größeren Bestand an Wohnungen. Deshalb treten wir für eine Rekommunalisierung von Vonovia-Wohnungen ein.

## Ist das finanzierbar? Das wären weitere versteckte Schulden.

Wir haben bisher den sozialen Wohnungsbau solide auf drei Säulen finanziert: Durch Eigenkapital der Stadt – indem Grundstücke zur Bebauung bereitgestellt wurden – durch Fördermittel des Landes und über Kredite. Das ist keine Schuldenmacherei. Es werden Werte in Form von Wohnraum geschaf-

fen und wir können gleichzeitig eine wichtige soziale Funktion erfüllen.

## Welche weiteren wichtigen Projekte plant die LINKE?

Uns ist der Respekt vor den Bauten der DDR-Architektur wichtig. Deshalb ist es eine wesentliche Aufgabe, den Fernsehturm wiederzueröffnen. Ebenso, die Robotron-Kantine zu erhalten. Ohne unseren Antrag, den bereits geplanten Abriss zu stoppen, stünde sie heute gar nicht mehr. Zudem schlagen wir vor, Wahltermine zu nutzen, um kommunale Bürgerentscheide durchzuführen. Es würde unsere Stadt und die Demokratie stärken, wenn wir wesentliche Sachentscheidungen in die Hände der Bürger legen.

Wir wenden uns zudem klar gegen die Pläne, den Rotstift bei den Dresdner Verkehrsbetrieben anzusetzen. Das ist ein völlig verfehelter Ansatz. Viele Menschen sind auf Bus und Bahn angewiesen. Auch der Klimaschutz funktioniert nur mit einem modernen und bezahlbaren Nahverkehr. Das Sozialticket wollen wir – anders als die FDP – verteidigen.

## Die LINKE ist zerrissen. Wie halten Sie es mit Sahra Wagenknecht?

Mein Platz war und ist in der Partei DIE LINKE. Das ist meine politische Heimat. Ich gehe auch davon aus, dass alle Mitglieder meiner Fraktion weiterhin in der LINKEN bleiben. Dazu haben sich auch sämtliche sächsische Abgeordnete aus Landtag, Bundestag und Europaparlament eindeutig bekannt.

## Ist der Streit ein Hemmnis für die Wahlkämpfe?

Fakt ist: Hier in der Stadt ist die LINKE eine muntere, engagierte Truppe. Wir setzen uns aktiv dafür ein, dass es in Dresden gerecht und sozial zugeht. Unser Anspruch ist es, Politik für die Mehrheit der Menschen zu machen. Ich möchte gemeinsam mit meiner Partei unseren erfolgreichen Dresdner Weg weitergehen.

## Träumen Sie wieder von einer Mehrheit mit Grünen und SPD wie 2014?

Man hat von 2014 bis 2019 gesehen: Wenn es eine starke LINKE im Stadtrat gibt, können auch viele Dinge im Sinne der Bürger vorangebracht werden. Wir haben die städtische Wohnungsbaugesellschaft gegründet und seitdem werden städtische Wohnungen gebaut. Wir haben das Sozialticket für Bus und Bahn durchgesetzt. Wir konnten erreichen, dass die Jugendhilfe und die Kulturlandschaft finanziell besser von der Stadt unterstützt werden. Es wurde etwas für den Radverkehr getan. Man sieht also, bei den entsprechenden Mehrheiten können wir Verbesserungen für viele Menschen erreichen.

## Aber geht es mit den Sozialwohnungen nicht zu langsam voran?

Eine große Wohnungsgesellschaft lässt sich nicht über Nacht aus dem Boden stampfen. Wenn wir in Dresden zu einem nennenswerten kommunalen Wohnungsbestand kommen wollen, müssen über einen längeren Zeitraum kontinuierlich neue Wohnungen gebaut werden. Das ist genau der Unterschied: Mit einer starken Linken gibt es sozialen Wohnungsbau, haben hingegen CDU, AfD und FDP die Mehrheit, ist damit Schluss. Die Dresdner können mit der Kommunalwahl im kommenden Jahr die Weichen dafür stellen, dass das Leben in dieser Stadt bezahlbar bleibt.

■ Quelle: Aus Sächsische Zeitung / sächsische.de / Interview: Andreas Weller

## WOHNGELD

# Beschleunigte Auszahlung

Seit Jahresbeginn haben etwa dreimal so viele Personen Anspruch auf Wohngeld. Grund hierfür ist eine Gesetzesänderung auf Bundesebene, die einerseits die Einkommensgrenzen für Berechtigte nach oben verschob und auch die auszuzahlenden Beträge teils deutlich erhöhte. Diese Änderungen sind absolut positiv und begrüßenswert, gerade in Anbetracht der massiven Preissteigerungen, die derzeit zu verzeichnen sind.

Leider hat es der Bundesgesetzgeber aber versäumt, die Antragsmodalitäten zu vereinfachen, dass das Mehr an Anträgen auch schnell von den örtlichen Behörden abgearbeitet werden kann.

Die Folge: Bundesweit stapeln sich in den Wohngeldstellen die Anträge und das Personal kommt nur langsam der Bearbeitung nach. Auch in Dresden sind noch etwa 7000 Anträge offen, seit Jahresbeginn wurden etwa 22.000 Anträge bisher beschieden.

Im Bundestag forderte die linke Bundestagsfraktion, dass Vereinfachungen vorgenommen werden, zum Beispiel dass bereits bestehende Wohngeldhaushalte ihre Wohngeldzahlungen ohne neuen Antrag um ein weiteres Jahr verlängert bekommen. Da nichts dergleichen umgesetzt wurde, gilt es nun, alles dafür zu tun, dass die Anträge schnell bearbeitet werden können, damit die Menschen, schnell Klarheit haben, ob

Anzeige

Im Anschluss:  
»Halbe Treppe«  
Spielfilm, D 2002  
R: Andreas Dresen  
Eintritt frei

**Wird Wohnen zum Luxus?**

Diskussion mit Kris Kaufmann und André Schollbach  
**7. November**  
19 Uhr, Schauburg

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Dresdner Stadtrat  
www.linke-fraktion-dresden.de

sie Wohngeld bekommen und wenn ja, wie viel – und dann natürlich auch die Auszahlung schnell erfolgt.

In der vergangenen Stadtratssitzung haben wir als Fraktion einen Antrag eingebracht, der nochmals eine personelle Verstärkung in der Wohngeldstelle vorsieht, damit idealerweise nach vier Wochen ein Bescheid vorliegt. Zudem soll endlich die von uns schon lange eingeforderte digitale Bearbeitung der Wohngeldanträge realisiert werden.

Es ist nicht hinnehmbar, dass Menschen, deren Einkommen knapp ist, so lange auf Leistungen warten müssen, die sie dringend benötigen, um ihre Wohnkosten bezahlen zu können.

Pia Barkow

# Zwischen Traum und Wirklichkeit

## Stand der Digitalisierung in Dresden



Im Sozialamt: Online-Anträge werden noch händisch bearbeitet

Die Digitalisierung der Stadtverwaltung geht in vielen Bereichen mehr als schleppend voran. Grund dafür ist eine falsche Prioritätensetzung und das Wunschdenken, Zukunftsvisionen zeitnah umsetzen zu können. Statt Dresden zu einer serviceorientierten Kommune zu entwickeln, setzt der Oberbürgermeister lieber auf die Popularisierung des neuen Verwaltungszentrums und fragwürdige Smart-City-Projekte.

Bis 2025 entsteht am Ferdinandplatz für rund 140 Millionen Euro das neue

**Der Oberbürgermeister setzt lieber auf Smart-City-Projekte, ohne Mehrwert für die Stadtbevölkerung**

Verwaltungszentrum, das sogenannte Stadtforum. In den Verwaltungsneubau ziehen dann rund 1350 Beschäftigte ein. Die Stadt will dabei »neue Arbeitswelten« erschaffen: ohne feste Arbeitsplätze und papierlos. Die rein elektronische Dokumenten-, Vorgangs- und Aktenverwaltung soll dann mit der E-Akte realisiert werden. Da im Verwaltungsneubau auf klassische Aktenschränke verzichtet werden soll, muss ein großer Teil der Akten eingescannt werden. Die bewilligten drei Millionen Euro reichen laut Verwal-

tung aber nur für etwa 35 Prozent des Digitalisierungsbedarfs. Die Vision »neuer Arbeitswelten« und die damit verbundene aufgezwungene Zeitplanung, werden letztlich die Kosten und den Mehraufwand für das Leuchtturmprojekt erheblich steigern.

## Das Sozialamt wird stiefmütterlich behandelt

Die Einführung der E-Akte erfolgt zuerst in den Ämtern des neuen Verwaltungszentrums. Die anderen Ämter – darunter auch das Sozialamt – folgen dann ab 2025 schrittweise. Dabei braucht es gerade in diesem Geschäftsbereich eine Digitalisierung der Bearbeitungsprozesse.

Bekanntlich wurde zu Beginn des Jahres mit der Wohngeldreform der Kreis der Berechtigten verdreifacht und dies schlägt sich nun in den Antragszahlen nieder. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wohngeldstelle wurden von 43 auf 91 aufgestockt, damit diese wichtige Pflichtaufgabe der Kommune erfüllt werden kann. Die Belastungen der Bürgerinnen und Bürger durch die gestiegenen Wohn- und Lebenshaltungskosten müssen schnell abgedeckt werden.

Dazu gehören auch Instrumente wie der Dresden-Pass oder die Bildungspaketleistungen. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, braucht es nicht nur die Möglichkeit, online Anträge zu stellen, sondern diese sollten auch vollständig digital bearbeitet werden können. Denn aktuell müssen Anträge, die online eingehen, händisch wieder ins System eingepflegt werden.

Doch seitens des Oberbürgermeisters gibt es keine Bestrebungen, die Reihenfolge der Ämter-Priorisierungen für die digitale Verwaltung und die E-Akte anzupassen. Dieser setzt lieber auf Smart-City-Projekte, ohne nennenswerten Mehrwert für die Stadtbevölkerung, sowie ein teures Verwaltungszentrum, das letztlich doch nur ein mittelmäßiges Bürogebäude ohne innovativen Ansatz ist.

Katharina Hanser



## BUNDESHAUSHALT 2024

# Sparen an den falschen Stellen

**N**och wird der Bundeshaushalt 2024 in den Gremien des Bundestages beraten. Aber schon jetzt gibt es massive Kritik an dem Zahlenwerk aus dem Hause Lindner. Gesine Löttsch aus der Bundestagsfraktion der LINKEN formuliert es so: »Die Ampel hat ein Herz für Panzer, aber nicht für Kinder«. Das Militär darf im kommenden Jahr 17 Milliarden mehr ausgeben. Ein beträchtlicher Aufwuchs.

Andererseits soll die Schuldenbremse wieder eingehalten werden und das in Zeiten von Krieg, Inflation und stagnierender Wirtschaft. Gerade jetzt wären Investitionen in Bildung, Verkehr, Wohnungsbau und Klimaschutz notwendig. Dafür hätte die Ampel sich mal um die Einnahmenseite kümmern können. Stichworte: Reichenbesteuerung, Dienstwagenprivileg und Abschöpfung der Übergewinne der Kriegsgewinnler. Aber das Gegenteil geschieht. Es wird bei den Bedürftigsten gespart.

Zwei Beispiele gefällig? Das Budget des Bundesbildungsministeriums soll um 5,4 Prozent sinken. In der Endkonsequenz stehen für das BAföG 650 Millionen Euro weniger zur Verfügung. Gleichzeitig ist circa ein Drittel der Studierenden akut armutsgefährdet, mit steigender Tendenz. Aber auch hier sind noch nicht alle Messen gesungen, denn aktuell ist eine Klage beim Bundesverfassungsgericht anhängig. Das höchste deutsche Gericht prüft gerade, ob die Bedarfssätze verfassungsgemäß sind, da sie nach Ansicht der Kläger nicht das Existenzminimum abdecken.

Ein breites mediales Echo haben auch die Kürzungen im Bereich der Freiwilligendienste erfahren. Für den Jahrgang 2024/25 sind massive Kürzungen der Haushaltsmittel für die Freiwilligendienste angekündigt. Es droht der Verlust von einem Drittel der derzeit zur Verfügung stehenden Gelder. Immerhin, die Regierung konnte sich nicht einfach so *durchmogeln*. Eine Petition gegen die Einsparungen wurde von mehr als 100.000 Menschen unterzeichnet und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) musste in einer Anhörung des Petitionsausschusses Stellung beziehen. *Die Redaktion*



Der Minister hat ein Herz für Panzer, aber nicht für Kinder und Studierende



Die CDU begibt sich aufs Glatteis und schießt ein Eigentor

# Ein Menetekel

Die CDU blinkt rechts und alle verlieren

Die vergangenen Jahre waren geprägt durch eine gemeinsame Haushaltspolitik von Grünen, CDU, SPD und LINKEN. In dieser Konstellation war es möglich, das kommunalpolitisch Verbindende im Haushalt der Stadt abzusichern, gleichzeitig blieb in der alltäglichen Ratsarbeit genügend Raum, um politische Unterschiede in den Sachfragen darzustellen.

Unter dem Eindruck einer Haushaltssperre und getrieben von Umfrageverlusten hat die CDU nun aber offenbar die Richtung geändert und versucht ihr Glück in einer Partnerschaft mit Rechts unter wohlwollender Einbeziehung der AfD-Stimmen auch in den Bereichen, in denen bisher Konsens unter den demokratischen Parteien herrschte. Und mit diesem Versuch hat sie in der Ratssitzung am 28. September 2023 krachend verloren: Zulasten der Vereine und Verbände im Sozial-, Jugend- und vor allem im Sportbereich.

Und das kam so: DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat beantragte am 24. August die Aufhebung der Haushaltssperre für die Förderung von Jugend, Sport und sozialen Verbänden und nahm damit berechnete und deutliche öffentliche Proteste gegen eine

**Ein Ausschluss von Jugend und Sozialem ist mit der LINKEN nicht machbar**

Sparpolitik zulasten dieser Bereiche auf. Dieser Antrag erhielt im Finanzausschuss am 18. September eine Mehrheit, denn die CDU enthielt sich dort und machte somit den Weg frei. Scheinbar. Die Freien Wähler beantragten bereits dort eine Streichung von Jugendhilfe und Sozialem, dies wurde aber abgelehnt.

Zwischen Finanzausschuss und Stadtrat allerdings änderte die CDU ihre Meinung und beantragte nun eine Ersetzung des LINKE-Textes durch einen anderen Vorschlag, der jetzt eine Umwidmung von Mitteln zugunsten des Sports enthielt und die Haushaltsfreigabe für Jugend und Soziales ausschloss. Ein Ausschluss von Jugend und Sozialem ist aber mit den Stimmen der

LINKEN nicht machbar und auch nicht mit denen von Grünen, SPD und Dissidenten. Wer das möchte, setzt nur auf rechte Stimmen und bezieht die AfD in die Rechnung mit ein.

Als der Oberbürgermeister nun die Frage abstimmen ließ, was die Grundlage für weitere Verhandlungen sein soll, der Bericht des Finanzausschusses oder der Ersetzungsantrag, kam das böse Erwachen: Der Ersetzungsantrag erhielt keine Mehrheit als Abstimmungsgrundlage. Und das, obwohl alle rechten Fraktionen brav zugestimmt hatten: Schuld war ein peinlicher Fehler eines CDU-Kollegen, der seit Sitzungsbeginn nicht bemerkt hatte, dass seine Stimmabgabe von der Abstimmungsmaschine nicht gezählt wurde.

Anstatt nun aber zu akzeptieren, dass Jugend, Sport und Soziales Haushaltsfreigaben bekommen können und die Umwidmung von Mitteln zugunsten des Sports als Änderung zu beantragen, schmolte das gesamte rechte Lager und ließ nun alles scheitern.

Für mich ist dieses CDU-Verhalten ein Menetekel: in einer Haushaltsfrage auf AfD-Stimmen zu setzen, lässt für die Zukunft Schlimmes erwarten. *Tilo Kiebling*



## PLANUNGEN

## Hochhäuser in Elbflorenz?

Immer wieder gerieten die Planungen von Hochhäusern in der Vergangenheit in die Kritik, mit der Folge, dass Projekte geändert oder verworfen werden mussten. Um den Bau von Hochhäusern in Dresden in geordnete Bahnen zu lenken, gab Rot-Rot-Grün 2019 die Erarbeitung von Hochhausleitlinien in Auftrag.

Daraufhin wurde von der Verwaltung unter Federführung des Geschäftsbereichs Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften ein Hochhausleitbild entwickelt. Aktuell ist eine entsprechende Vorlage im Geschäftsgang des Stadtrates. Zum anderen enthält die Vorlage Hochhausleitlinien, die für die Öffentlichkeit das Ergebnis des Hochhausleitbildes in Kurzform darstellt.

Stadtrat Tilo Wirtz resümiert: »Hochhäuser können auch im Stadtbild Dresdens neue interessante Akzente setzen, wenn sie die Impulse aus dem Bestand aufnehmen und sich harmonisch einfügen.«  
*Die Redaktion*



Ein Beispiel wie es gehen kann – das SachsenEnergie-Hochhaus



Ob beim musizieren oder skaten – es gilt: Übung macht den Meister

## Erfahrbare Demokratie

Seit September können Rollsportbegeisterte eine Skateanlage am Rande des Neubaugebietes Binzer Weg in Klotzsche nutzen

Am 15. August 2018 übernahm ich gemeinsam mit Ulrike Caspary von den Grünen im Petitionsausschuss die Bearbeitung einer Petition von Jugendlichen, die eine Skateranlage in Klotzsche forderten. Wir luden die jungen Menschen ein, ihre Forderung im Petitionsausschuss vorzutragen. Begleitet und ermutigt wurden sie von der Mobilen Jugendhilfe Klotzsche (Mobils). Die vorgebrachten Argumente überzeugten im Petitionsausschuss und es wurde der Auftrag erteilt, dass das Amt für Stadtgrün nach einem geeigneten Standort suchen soll.

Am 30. Januar 2019 wurden die Petenten wieder eingeladen und das Amt für Stadtgrün stellte sechs mögliche Standorte vor. Für eine weitere Bearbeitung und Planung wären aber 250.000 Euro notwendig, wel-

**Jugendliche wurden in die Planung intensiv mit einbezogen**

che nicht im Haushalt eingeplant waren. Es hieß also für uns als Stadträte, immer wieder zu erinnern, entsprechende Haushaltsmittel bereitzustellen. Für die ersten Planungen sprang zunächst der Stadtbezirksbeirat Klotzsche ein und stellte 73.300 Euro zur Verfügung.

In den Planungsprozess wurden die Jugendlichen über Mobils immer wieder intensiv mit einbezogen. So

konnten sie ihre Ideen für die konkrete Gestaltung der Anlage einbringen.

Am Ende waren Gesamtkosten von einer halben Million Euro notwendig, um die Skateranlage fertigzustellen. Zur Eröffnung nahmen viele Kinder und Jugendliche die Anlage begeistert in Besitz. Fünf Jahre von der Petition bis zur Umsetzung, ziemlich lang für junge Menschen, welche *jetzt* gern skaten wollen.

Trotzdem ist es eine wichtige Erfahrung, die sie machen konnten: »Wenn ich mich gemeinsam mit anderen für etwas einsetze, kann ich etwas erreichen, auch wenn das ein schwieriger Prozess sein kann.« Unsere Aufgabe bestand darin, sie ernst zu nehmen und zu unterstützen und damit auch ein Stückchen Demokratie zu vermitteln.  
*Anja Apel*

## ROBOTRON-KANTINE

## Ein Bauwerk wird Denkmal

Mit dem Bebauungsplan in der Lingnerstadt entstanden bereits vor über fünf Jahren erste Überlegungen, die Robotron-Kantine zu erhalten und einer öffentlichen Nutzung für Begegnung, Kunst und Kultur zu widmen.

Zunächst lehnte die Denkmalbehörde eine Unterschutzstellung ab, weil angeblich das öffentliche Interesse am Erhalt der Kantine fehle. Diese Haltung der Behörden spiegelte allerdings schon damals nicht die Realität wider. Denn neben dem Stadtrat hatten sich

auch Anhängerinnen und Anhängern der Ostmoderne für die Kantine begeistert und Besichtigungen organisiert. Letzter Impuls für die Anerkennung des Denkmalstatus' und den aktuellen Sinneswandel der Behörde scheint die erfolgreiche Nutzung der Kantine für die Kunstaussstellung »Ostrale« gewesen zu sein.

Mit Bauten wie dem Kulturpalast, der Prager Straße oder eben dem Robotron-Areal löste sich die Architektur in Dresden seit den sechziger Jahren vom Heimatschutzstil oder dem stalinschen Neoklassizismus und öffnete sich der

internationalen Moderne. Denkmalpflegerisch bedeutsam ist, dass sowohl die äußere als auch die innere Gestaltung aufeinander abgestimmt sind und nicht überformt wurden.

Für Stadtrat Tilo Wirtz ein längst überfälliger Schritt und er weist darauf hin: »dass das Bauwerk auf dem ehemaligen Robotron-Areal gekauft werden soll. Dazu gibt es auch eine entsprechende Vorlage. DIE LINKE steht hinter dem Projekt, auch wenn die rechte Seite das Rates dagegen arbeitet. Der Denkmalschutzstatus ist ein weiterer Schritt in die richtige Richtung.« *Die Redaktion*



Für die Moderne geöffnet – ein Haus für die Kunst



# Eine Erfolgsgeschichte

LINKE-Stadtrat und DVB-Aufsichtsratsmitglied Jens Matthis im Interview zum Ausbau des Mobi-Bike-Angebotes



Der Mobi-Punkt auf dem Pirnaischen Platz

**Es werden nicht wenige Mittel in den Auf- und Ausbau des Mobi-Bike Angebotes gesteckt, ist das sinnvoll in Zeiten, in denen die DVB in finanziellen Schwierigkeiten sind?**

Auf jeden Fall! Denn schaut man sich die Zahlen genauer an, dann stehen Kosten und Nutzen in einem vergleichsweise günstigen Verhältnis. Pro Jahr investieren die DVB rund 750.000 Euro in die Räder und den Service ihres Kooperationspartners Nextbike aus Leipzig, der auch die Fahrräder entwickelt hat. In diesem Jahr kamen 550 neue Fahrräder hinzu und weitere Stadtviertel wurden erschlossen, sodass den Dresdnerinnen und Dresdnern nunmehr circa 1500 Fahrräder zur Verfügung stehen. Schaut man sich die Nutzungszahlen an, kann tatsächlich von einer Erfolgsgeschichte gesprochen werden. Seit Einführung der Mobi-Bikes wurden die Räder 3,8 Millionen mal ausgeliehen. Es gibt 20.000 regelmäßige Nutzerinnen und Nutzer.

Die Schwierigkeiten der DVB haben strukturell weder etwas mit den Mobi-Bikes oder den Bergbahnen, noch mit den neuen Stadtbahnwagen zu tun. Vielmehr leiden gegenwärtig alle Nahverkehrsunternehmen bundesweit unter der chaotischen Bundespolitik, die einerseits mehr öffentlichen Nahverkehr fordert, aber das notwendige Geld nicht zur Verfügung stellt. Im Branchenvergleich steht die DVB sogar noch ganz gut da.

**Hältst du das Angebot für niedrigschwellig genug, dass es von allen Altersklassen genutzt werden kann?**

Das ist tatsächlich nicht ganz unproblematisch. Trotz aller Bemühungen, das Angebot möglichst niedrigschwellig zu gestalten, bedarf es schon eines Smartphones oder einer DVB-Monatskarte. Allerdings profitieren auch Menschen davon, die gar nicht selbst auf das Mobi-Bike steigen. Die Leute, die auf den gelben Fahrrädern sitzen, entlasten gerade in den Spitzenzeiten Bus und Bahn erheblich.

**Daran anschließend drängt sich natürlich die Frage nach den Kosten auf.**

Für DVB-Abo-Kunden, Studierenden sowie Deutschlandticket-Nutzerinnen und Nutzer (mit dem Zusatzpaket Plus Mobi) sind 30 Minuten kostenfrei, danach kostet das Radeln 1 Euro pro weitere 30 Minuten. Wer kein Kunde ist, zahlt 2 Euro für die ersten 30 Minuten, danach 1 Euro pro 15 Minuten. Die Räder können an Mobi-Punkten und an vielen weiteren Orten abgestellt werden. Das Angebot fügt sich in das Tarifsystem der DVB ein.

**Das Angebot soll deutlich ausgebaut werden, was sagst du dazu?**

Gut finde ich, dass es nunmehr auch die Möglichkeit gibt, Lastenräder auszuleihen. Zehn Stück stehen zurzeit an verschiedenen Mobi-Punkten wie Bönischplatz, Fetscherplatz, Postplatz oder Betriebshof Trachenberge zur Verfügung. Und für 2024 sind weitere neue Räder und Gebiete insbesondere im Westen und Norden geplant. Insgesamt eine gute Bilanz und ein hoffnungsvoller Ausblick.

*Das Interview führte Dirk Wagner*



**»Die Leute, die auf den gelben Fahrrädern sitzen, entlasten Bus und Bahn erheblich«**

Jens Matthis

## ÖFFENTLICHE WC-ANLAGEN

# Konzept fürs Geschäft



Neue Toiletten braucht die Stadt

**N**ach einer Entscheidung des Bundeskartellamtes ist eine Kopplung öffentlicher Toiletten mit dem Betrieb städtischer Werbeanlagen nicht mehr möglich. Daher müssen die bisherigen Vertragspartner ihre Anlagen in Dresden zurückbauen.

Als Ersatz sollen ab Anfang 2024 dreizehn neue öffentliche WC-Anlagen errichtet werden. Die Stadtverwaltung hat dem Stadtrat dafür ein Standortkonzept vorgelegt. Das Toilettenkonzept definiert zudem neue Ausstattungsstandards. So werden künftig alle Toiletten im öffentlichen Raum unisex und barrierefrei errichtet.

Das Toilettenkonzept listet neben den 13 neu geplanten Anlagen auch alle vorhandenen öffentlich nutzbaren WC-Anlagen auf. Anschließend an die Veröffentlichung hagelte es Kritik. Und tatsächlich wird es künftig mit insgesamt 81 öffentlichen Anlagen etwas weniger als heute geben. Außerdem wird es ausgerechnet in der Innenstadt in Zukunft weniger Stille Örtchen geben.

*Die Redaktion*



Nachbarschaftliches Miteinander und diverse Lebensentwürfe standen im Mittelpunkt

## FEST AUF DER LILI-ELBE-STRASSE

# Feier der Vielfalt

**A**m ersten Septemberwochenende wurde die Straße selbst zum Vergnügungsort. Egal ob bei Musik und Tanz, ob an der langen Speisetafel oder in zahlreichen Workshops – nachbarschaftliches Miteinander und diverse Lebensentwürfe standen im Mittelpunkt des Straßenfestes. Die Lili-Elbe-Straße ist wegen der attraktiven Bauweise für den »Deutschen Ingenieurpreis Straße und Verkehr 2023« nominiert.

Es ist ein bewusst politisches Statement, eine Straße nach Lili Elbe zu benennen. Als erste bekannte Transperson hat sie mutig für ihre Individualität gekämpft. Die dänische Künstlerin, als Einar Wegener in Kopenhagen geboren, unterzog sich in der damaligen Dresdner Frauenklinik 1930 der weltweit erstmaligen Umwandlungsoperation. Daher der von ihr gewählte Nachname.

Der LINKE-Stadtrat Leo Lentz war beeindruckt von der Vielfalt und Offenheit der Veranstaltung. Er meint: »Zahlreiche Vereine, Initiativen und Akteure haben zum Erfolg des Sommerfestes beigetragen. Es war ein Fest von der Stadtgesellschaft für die Stadtgesellschaft. Gut so!«

*Die Redaktion*



## ANTRAG ZUM ERHALT DES LUFTBADES

### Ein Rettungsring für Dölzchen

Das FKK-Luftbad Dölzchen leistet einen wichtigen Beitrag zur Naherholung. Es wurde bereits 1870 eröffnet. Neben einer großzügigen Liegewiese verfügt das Bad über ein 600 Quadratmeter großes Wasserbecken.

Doch nach der Freibadsaison 2023 läuft die Betriebserlaubnis aus, weil das Bad über keine zeitgemäße Wasseraufbereitungstechnik verfügt. In ih-



Nach der Freibadsaison 2023 läuft die Betriebserlaubnis aus

rer Antwort auf eine Anfrage des Fraktionsvorsitzenden André Schollbach teilte die Stadtverwaltung mit: »Falls keine Fördermittel für die Sanierung des Luftbades Dölzchen ausgereicht werden, ist die Finanzierung nicht gesichert. In diesem Fall ist von einer dauerhaften Schließung des Objektes auszugehen. Alternativ könnte die Landeshauptstadt Dresden die Sanierung selbst finanzieren.«

Die Fraktion DIE LINKE hat dazu einen Antrag »Luftbad Dölzchen erhalten. Finanzierung sichern.« eingereicht. Sie schlägt vor, dass sich der Stadtrat zum Erhalt des FKK-Luftbades Dölzchen bekennt und eine dauerhafte Schließung, auch im Falle des Ausfalls geplanter Fördermittel, abwendet. *Die Redaktion*

## FAHRRADBÜGEL IN DER NEUSTADT

### Ein Modell für ganz Dresden?

Ein eigener Stellplatz? Und das auch noch kostenfrei? Für die Radlerinnen und Radler in der Neustadt gibt es da eine Lösung und die heißt: Fahrradbügel. Bereits seit 2016 besteht in Dresden die Möglichkeit, auf Initiative von Vermietern, Gewerbetreibenden und anderen eine fest eingebaute Fahrradabstellanlage im öffentlichen Verkehrsraum zu beantragen. Ist der Standort zulässig, schließt das Straßen- und Tiefbauamt vor der Umsetzung mit dem Antragstellenden eine Vereinbarung zur Errichtung der

Fahrradabstellanlage. Das Amt übernimmt die Planung, Errichtung und die laufende Instandhaltung. Die Kosten für den Antragsteller betragen derzeit 160 Euro pro Fahrradbügel.

Im kommenden Jahr sollen in der Neustadt etwa 50 weitere Fahrradbügel dazukommen. Bei diesen soll die Verwaltungsgebühr aus Mitteln des Stadtbezirksbudgets finanziert werden. Sie sind für die Antragsteller also komplett kostenlos. Das hat der Stadtbezirksbeirat kürzlich unter anderem mit den Stimmen der LINKEN entschieden.

*Die Redaktion*



Ein unorthodoxes Sitzmöbel

## SCHWAMMSTADT

### Lösung oder Problem?

Das Klima verändert sich. Durch Versiegelung von Flächen, lange Trockenperioden sowie Starkregenereignisse wird der natürliche Wasserkreislauf gestört. Was kann dagegen getan werden?

Klimafolgenanpassung bedarf vieler verschiedener Maßnahmen. Eine davon ist das Konzept der Schwammstadt. Im Internet finden sich auch für Dresden viele Hinwei-

se auf bereits laufende Prozesse, Probleme und Lösungsansätze. Mit dem Schwammstadt-Prinzip soll anfallendes Regenwasser nicht einfach über die Kanalisation – die es oft gar nicht aufnehmen kann – abgeleitet, sondern lokal aufgenommen und gespeichert werden.

Mit Hilfe eines gezielten Regenwassermanagements sollen Flächen geschaffen werden, die große Mengen an Wasser – zum Beispiel bei

Starkregen – aufnehmen und bei Trockenheit und Hitze durch Verdunstung wieder abgeben können. Das aufgefangene Regenwasser lässt sich weaternutzen. Stadtbäume und andere Grünflächen können besser mit Feuchtigkeit versorgt werden und geben das überschüssige Wasser als Wasserdampf ab. Verdunstungskühle entsteht. Das Stadtklima für Mensch und Tier wird angenehmer. Durch die Begrünung von Dächern und Fassaden kann ein großer Beitrag zur städtischen Biodiversität geleistet werden.

In Dresden gab es zum Thema Schwammstadt bereits im Mai 2021 einen ersten Runden Tisch. Aktuell geht es unter anderem darum, Grundstücksbesitzer dazu zu bewegen, durch Regenwassersammler, Versickerungsmulden oder die Pflanzung von Bäumen, einen Beitrag zur Schwammstadt zu leisten. Bei Planungsprozessen (zum Beispiel bei Bebauungsplänen) ist darauf zu achten, dass eine bessere Nutzung des Regenwassers gleich mitgedacht wird.

*Dr. Margot Gaitzsch*



Fassadengrün – auch ein Beitrag zur Klimafolgenanpassung

## VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

### Impressum

#### Herausgeber

DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat  
Rathaus, 1. Etage, Zimmer 208  
Dr. Külz-Ring 19, 01067 Dresden  
www.linke-fraktion-dresden.de

#### V.i.S.d.P.

Thomas Feske

#### Kontakt

Telefon: 0351/4882822  
fraktion@dielinke-dresden.de

#### Redaktion

Dr. Dirk Wagner, Susann Dietzschold, Thomas Feske

#### Autor:innen dieser Ausgabe

Anja Apel, Pia Barkow, Thomas Feske,  
Margot Gaitzsch, Katharina Hanser, Tilo Kießling,  
André Schollbach, Dirk Wagner, Tilo Wirtz

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor.

#### Bildnachweise

Thomas Wolf / wikimedia commons (2);  
Tilo Wirtz (2); Tilo Wirtz (2); DIE LINKE  
(3); StartupStockPhotos / pixabay (4);  
12019 / pixabay (5); Claus Kuhn / pixabay  
(5); Jörg Blobelt / Wikimedia Commons  
(6); Bybbisch94 / wikimedia commons (6);  
gfkDSGN / pixabay (6); Marcel Ritschel /  
Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat (7);  
gagnon1993 / pixabay (7); jarmoluk /  
pixabay (7); John-Mark Smith / Pexels (8);  
Cobe68 / pixabay (8); naramfigueiredo / pixabay  
(8); Antranas / pixabay (8); naramfigueiredo /  
pixabay (8); Antranas

#### Redaktionsschluss

28. September 2023

#### Druck

LR Druckerei GmbH

#### Auflage

Die Papierausgabe wird in einer Auflage von  
4000 Exemplaren gedruckt.

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Dresdner Stadtrat